

Beschluss

Ja zu Europa, Mut zur Veränderung - Europas Zukunft gemeinsam gestalten

Zusammenhalt oder Nationalismus - das ist die Frage, vor der Europa heute steht. Das Brexit-Votum war ein massiver Rückschritt, ein Etappensieg des Nationalismus über die europäische Vision. Nicht nur in Großbritannien erleben wir einen Aufstieg rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien, die die europäische Idee komplett infrage stellen oder „Brüssel“ als Sündenbock für nationale Versäumnisse missbrauchen. Zudem lässt mangelnde Solidarität unter den Mitgliedsstaaten Zweifel wachsen, ob die EU imstande ist, die großen Herausforderungen unserer Zeit zu meistern. Trotz der Probleme in der Flüchtlingspolitik oder den beginnenden Brexit-Verhandlungen sollten wir nicht den Fehler machen, die EU auf Krisen zu reduzieren. Europäische Politik gestaltet für die Bürgerinnen und Bürger nach wie vor wichtige Gesetze und Entscheidungen: Die EU-Datenschutz-Grundverordnung oder das Klimaabereinkommen von Paris sind nur zwei der vielen Beispiele. In der Wirtschaftskrise gibt es neben großen Problemen auch erste positive Signale. Wir sollten in der öffentlichen Debatte also nicht immer nur so tun, als produziere Europa nichts als Krisen. Denn damit riskieren wir, dass die Errungenschaften der EU gänzlich aus dem Blick geraten und dass die Unterstützung für dieses Projekt abnimmt.

Für uns ist die Antwort klar: Wir sind und bleiben überzeugte Europäerinnen und Europäer. Nur gemeinsam und europäisch können wir unsere Lebensgrundlagen schützen, die Globalisierung gestalten und Frieden sichern. Grüne Kernanliegen, wie den Kampf gegen Klimawandel und Armut, gegen Fluchtursachen und Terrorismus, den Kampf für Steuergerechtigkeit und ökologisch-soziales Wirtschaften sowie für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, können wir am besten gemeinsam angehen. Nur so haben wir als Europäer*innen international eine hörbare Stimme, nur so können wir unserer globalen Verantwortung gerecht werden.

Europa hat in den vergangenen 70 Jahren Großartiges geleistet: Die EU ist ein Garant für den Frieden zwischen den europäischen Ländern. Aus einst verfeindeten Staaten wurden Freunde und Partner. Wir können grenzenlos reisen, ohne den Pass vorzuzeigen oder Geld umzutauschen. Wir lernen, lieben, studieren und arbeiten in Paris oder London, Warschau oder Madrid. Die gemeinsamen Regeln im Binnenmarkt schützen uns vielfach vor sozialem und ökologischem Dumping. Die Europäische Union gründet auf einer gemeinsamen Geschichte, auf grenzüberschreitendem Austausch, auf gemeinsam errungenen Rechten und Freiheiten sowie einem gemeinsamen humanistischen und emanzipatorischen Wertesystem. Diese Einheit in Vielfalt wollen wir bewahren, weiterentwickeln und verteidigen.

Aber wir erkennen auch, dass die Europäische Union an Handlungsfähigkeit hinzugewinnen und Vertrauen von Bürgerinnen und Bürger zurückgewinnen muss. Europa scheint für viele

Menchen weit weg von ihren täglichen Sorgen. Das Misstrauen ist groß. Auch wenn die europäische Integration viel zu Wohlstand in weiten Teilen Europas beigetragen hat, vertiefen doch mangelnde Solidarität und falsche Politik in den Mitgliedsstaaten die soziale Spaltung innerhalb der EU. Europa und die Mitgliedstaaten scheinen nicht in der Lage, die dramatischen Arbeitslosenzahlen in Ländern wie Spanien, Griechenland oder Italien entgegenzuwirken und mit den notwendigen Investitionen die Wirtschaft in Schwung zu bringen. Bei großen Aufgaben wie der Flüchtlings- oder Klimapolitik können sich die Mitgliedsstaaten nur auf kleinste Schritte einigen. Viele politische Akteure lassen sich von nationalen Egoismen oder Partikularinteressen leiten, statt an gemeinsamen Lösungen zu arbeiten. Es sind die nationalen Regierungen, die ein solidarisches Miteinander verhindern und weitere Integration blockieren. Deshalb muss die EU in ein handlungsfähiges Mehrebenensystem weiterentwickelt werden, in dem nicht eine Entscheidungsebene Fortschritte grundsätzlich blockieren kann. Das Europäische Parlament muss gegenüber dem Einfluss der nationalen Regierungen gestärkt werden.

Mit diesem Status-Quo geben wir uns nicht zufrieden. Die EU muss zeigen, dass sie den politischen Herausforderungen, für die wir sie so dringend brauchen, auch gewachsen ist. Dafür muss in der Europäischen Union einiges anders laufen: Sie muss demokratischer, sozialer und ökologischer werden. Rechtspopulisten und Nationalisten wollen das gemeinsame Haus Europa abreißen. Wir GRÜNE wollen es verteidigen und besser machen. Wir wollen uns für eine positive Auseinandersetzung mit den europäischen Werten und Ideen einsetzen, ohne dabei auszugrenzen. Wir wollen dieses einzigartige Miteinander, diese Union stärken und mit Mut zur Veränderung um unsere europäische Zukunft kämpfen. Die deutsche Bundesregierung trägt durch ihr hartes Agieren in der Krise an der sozialen Spaltung innerhalb der EU eine Mitverantwortung. Wir Grüne setzen uns dafür ein, hier eine Kurskorrektur zugunsten einer demokratischeren, solidarischeren Politik vorzunehmen.

Der Wahlsieg von Donald Trump bei der US-amerikanischen Präsidentschaftswahl stellt zweifellos eine dramatische Herausforderung für die dortige Demokratie dar, weil er die Werte in Frage stellt, auf denen die Demokratie gegründet ist. Damit bringt er auch große Herausforderungen für die Europäische Union mit sich. Donald Trump hat im Wahlkampf angekündigt, die an der internationalen Herrschaft des Rechts orientierte Verfassung der globalen Ordnung, die ohnehin schon von autoritären und antiliberalen Kräften in verschiedenen Staaten massiv untergraben wird, von Washington aus an verschiedenen Stellen zu unterlaufen.

Er will eine falsche Handelspolitik, welche die Interessen großer Konzerne zum Maßstab für Freihandel machte, wie wir das auch an TTIP kritisiert haben, durch einen ebenso falschen America-First-Protektionismus ersetzen. Er will die USA aus dem Pariser Klimaabkommen zurückziehen - was dem Abkommen den Boden unter den Füßen entreißen würde. Er will den nach mühsamen Verhandlungen gefundenen Ausweg aus der Konfrontation mit dem Iran über dessen Atomprogramm beenden. Mit seiner Wahlkampfrhetorik hat er den engen transatlantischen Beziehungen erste Blessuren verpasst. Er hat die amerikanische Verlässlichkeit als Bündnispartner und die damit einhergehenden Sicherheitsversprechen in Frage gestellt. Er hat die weltweite Proliferation von Atomwaffen aktiv propagiert. Er hat die Diskriminierung einer ganzen Weltreligion, des Islam, betrieben. Er hat ein Frauenbild präsentiert, dass durch Sexismus und Verharmlosung sexueller Gewalt geprägt ist. Er hat angekündigt, mit China die wirtschaftliche Konfrontation zu suchen. Auf diesen Präsidenten wird sich Europa schwerlich verlassen können, wenn es darum geht, die Ideale der auf der Herrschaft des Rechts und der Gewaltenteilung gegründeten Demokratien ebenso zu verteidigen wie die Ziele einer multilateralen, auf Verständigung und zivile Konfliktprävention beziehungsweise Konfliktlösung orientierten Weltordnung.

So schwierig unser Gegenüber in Washington nun ist, ein Rückzug unsererseits wäre die falsche Antwort. Gerade jetzt müssen wir im Gespräch bleiben über den Atlantik. Nur so können wir für unsere Werte und Interessen eintreten. Europa fällt in dieser Lage eine noch größere Verantwortung zu. Die EU muss sich sehr schnell und sehr bewusst darüber verständigen, wie sie gerade im Sinne der genannten Herausforderungen unser gemeinsames Projekt, das Projekt der europäischen Einigung, vorantreibt. Dies gilt auch für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Europa zur demokratischen Weltmacht auszurufen oder Europa nun auch gegenüber den USA als normative Macht herausstellen zu wollen, wäre Selbstüberhebung. Aber wenn die Mitgliedsländer der EU, die EU-Kommission und das Europäische Parlament die Trump-Wahl nicht als Weckruf für mehr Einigkeit nach innen und mehr aktives Engagement nach außen wahrnehmen, dann versäumen wir unsere historische Verantwortung.

Für eine Stärkung der europäischen Demokratie

Wir wollen mehr Demokratie und Mitbestimmung in Europa. Selbstverständlich ist die EU demokratisch legitimiert. Wir wollen die europäische Demokratie allerdings weiter stärken. Selbstverständlich ist die EU demokratisch legitimiert. Aber zu oft wird europäische Demokratie einseitig über das Handeln nationaler Regierungen legitimiert anstatt über das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente. Das wollen wir ändern. Demokratie zu leben bedeutet auch, Kontroversen und inhaltliche Differenzen auszutragen. Wir müssen innerhalb des demokratischen Spektrums für mehr Polarisierung und mehr Unterscheidbarkeit sorgen. Ein Grünes Europa ist kein Europa der ökonomischen Sachzwänge und der Verwaltung des Status Quo, sondern ein Europa des politischen Aufbruchs.

Wir wollen, dass das Europäische Parlament als einzige direkt gewählte EU-Institution der zentrale Ort aller europäischen Entscheidungen wird. Dazu muss es das Recht erhalten, eigene Gesetzesvorschläge einzubringen. Im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion sollte das Europäische Parlament gleichberechtigt zu Rat oder Eurogruppe mitentscheiden. Deshalb sollte die Eurogruppe sowie auch die Troika durch einen Sonderausschuss im Europäischen Parlament kontrolliert werden, in dem EU-Abgeordnete unabhängig von ihrer Nationalität mitwirken können. Wir setzen uns dafür ein, dass ein Mitglied der EU-Kommission im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion mit allen Kompetenzen und einem Veto-Recht ausgestattet wird.

Das Europäische Semester wollen wir stärken und weiterentwickeln, indem in den nationalen Parlamenten der Mitgliedsländer bspw. das nationale Reformprogramm beschlossen und jeder Schritt im Europäischen Semester debattiert wird sowie das Europäische Parlament Mitentscheidungsrechte bei der Formulierung des Jahreswachstumsberichts, der die politischen Prioritäten der EU für das kommende Jahr darlegt, und den länderspezifischen Empfehlungen erhält. Außerdem sollte, wie bei einem konstruktiven Misstrauensvotum, eine Mehrheit der Abgeordneten die Europäische Kommission und ihren bzw. ihre Präsident*in abwählen können.

Die nationalen Parlamente wollen wir durch vertraglich zugesicherte Informationsrechte stärken, damit das Handeln der eigenen Regierung in Brüssel stärker beeinflusst und kontrolliert werden kann. Dort, wo nationale Parlamente Kompetenzen abgeben, muss das Europäische Parlament an Kompetenzen gewinnen. Außerdem muss eine solche Übertragung von Kompetenzen mit entsprechenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Um eine Allianz der Parlamente zwischen dem Europaparlament und den nationalen Parlamenten voranzutreiben, sollte das Europäische Parlament auf vier Sitzungswochen pro Jahr verzichten und die frei gewordene Zeit für den Austausch mit nationalen Parlamenten nutzen. Wir wollen eine „grüne Karte“ einführen und so ausgestalten, damit nationale Parlamenten sich konstruktiv

einbringen und politische Anregungen vorlegen können. Des Weiteren unterstützen wir die Forderung einiger nationalen Parlamente, die Subsidiaritätsrüge (so genannte "gelbe Karte") zu stärken, indem das Europäische Parlament zum Beispiel Anhörungen zu entsprechenden Themen organisiert. Umgekehrt sollten auch Europaabgeordnete bei speziellen Debatten im Bundestag ein Rederecht erhalten. Ein weiteres starkes Signal für eine Allianz der Parlamente wäre die parallele Initiierung von Enquete-Kommissionen in den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament.

Wir setzen uns ein für eine europäische Demokratie, in der jeder Europäer und jede Europäerin Einfluss nehmen, politisch mitwirken und Entscheidungen mitgestalten kann. Deshalb wollen wir unnötig hohe Hürden bei demokratischen Beteiligungsinstrumenten wie der Europäischen Bürgerinitiative abbauen und sie perspektivisch zu einer Europäischen Volksinitiative ausbauen. Initiativen, die darauf aus sind, die Rechte einer Minderheit nach den Kriterien der Europäischen Menschenrechtskonvention (Artikel 14) oder der EU-Grundrechte (Artikel 21) anzugreifen, müssen unzulässig sein. Wir setzen uns für Wege der Beteiligung ein, die informierte Diskurse und Entscheidungen ermöglichen und nicht bloß politische Entscheidungen vereinfacht und emotional aufgeladen zur Abstimmung stellen. Perspektivisch ist unser Ziel, dass alle Unionsbürger*innen in den Mitgliedstaaten, in denen sie leben, die vollen bürgerlichen Rechte genießen. Als ersten Schritt dahin wollen wir eine Grundgesetzänderung initiieren, die ein Landtagswahlrecht auch auf staatlicher Ebene für Unionsbürger*innen ermöglicht.

Ein Schlüssel zur Stärkung der europäischen Demokratie ist mehr Transparenz. Der Rat sollte grundsätzlich öffentlich tagen und seine vorbereitenden Gremien transparent machen. Außerdem wollen wir auf allen Ebenen der politischen Entscheidungsfindung verbindliche Lobbyregister, striktere Karenzzeiten und einen „legislativen Fußabdruck“, durch den die Einflussnahme Dritter auf EU-Gesetzgebung – sei es gegenüber nationalen oder europäischen Abgeordneten, Kommissions- oder nationalen Beamten oder Regierungsmitgliedern – überprüfbarer wird. Alle demokratischen Gremien müssen dabei möglichst transparent arbeiten, Entscheidungsbefugnisse müssen klar sein und Verantwortliche müssen Rechenschaft über ihre Entscheidungen ablegen. Um die Handelnden in der EU noch sichtbarer zu machen, sollten die Parteien weiterhin mit europäischen Spitzenkandidat*innen für das Amt der/des EU-Kommissionspräsident*in zur Europawahl antreten.

Kleine und große Wanderungsbewegungen, vielfältige Handelsbeziehungen und ein intensiver Austausch in Kunst, Philosophie und Wissenschaft, in Literatur und Theater, in Musik, Handwerk und Architektur haben seit Jahrhunderten einen Kulturraum und eine Öffentlichkeit geschaffen, welche Europäerinnen und Europäer miteinander verbindet, aber auch Offenheit gegenüber der Welt ausstrahlt. Die jüngere europäische Geschichte und die Lehren aus zwei Weltkriegen haben zur Entstehung einer politischen Kultur geführt, deren Grundlage die Würde des Menschen, die Aufklärung sowie rechtsstaatliche und demokratische Grundsätzen sind. Diese verbindenden, positiven und identitätsstiftenden Elemente kommen in der öffentlichen Diskussion über die Krise Europas und die politischen Fliehkräfte in der Europäischen Union viel zu kurz. Die rückwärtsgewandten, nationalistischen Kräfte sind kulturell engstirnig, ängstlich und drohen, die Gemeinsamkeit, Vielfalt und Offenheit Europas unmöglich zu machen. So legen sie nachhaltig die Axt an Frieden, an gegenseitiges Verständnis und an eine europäische Zukunft. Diesen Entwicklungen muss die Europäische Union vorbeugen, indem sie die kulturell verbindenden Elemente innerhalb Europas sichtbar macht und fördert!

Die EU hat die Aufgabe nicht nur das gemeinsame kulturelle Erbe Europas zu bewahren, sondern darüber hinaus diese offene, gemeinsame, positive Kultur viel mehr als bisher als politisches und gesellschaftliches Pfund zu nutzen und zu fördern. Wir brauchen einen fri-

schen, positiven Wind in der europäischen Kulturpolitik, neue Programme, die die Attraktivität und Vielfalt der Errungenschaften und Ideen fördern und diese auch erkennbar machen. Der deutsch-französische Kultursender arte ist hier Vorbild, ebenso wie die „Europäische Kulturhauptstadt“, die Europäischen Filmpreise, das neue Programm „Kreatives Europa“ oder die zahlreichen in Eigeninitiative geschaffene europäische Projekte. Wir Grüne fordern, dass das Projekt Europa durch eine enge Zusammenarbeit der Europäischen Institutionen mit europäischen Medien- und Kulturschaffenden vorangebracht wird.

Die Europäische Union muss sich aktiv dafür einsetzen, den Kulturraum Europa zu stärken und mit Leben zu füllen, damit Europa als Idee langfristig auch in den Herzen der Menschen funktioniert. Europa für die junge Generation erlebbar und erfahrbar zu machen ist die Grundlage für ein stärkeres europäisches Gefühl von Zusammengehörigkeit. Dazu wollen wir Ideen weiterentwickeln, die den direkten Austausch ermöglichen, wie ein kostenloses Interrailticket für jeden jungen Menschen und die Förderung von Schüleraufenthalten in anderen EU-Staaten.

Für eine sozialere und gerechtere EU

Wir sind überzeugt, dass Europa nur zusammenhält, wenn auch die Gesellschaften in Europa zusammenhalten. Deswegen setzen wir uns auf europäischer Ebene wie in den Mitgliedsstaaten für einen Politikwechsel hin zu einer sozialeren Politik ein. Gegen die tiefe soziale Krise in Teilen Europas wollen wir angehen mit Maßnahmen für soziale Teilhabe und mehr Gerechtigkeit in der EU. Europa war Vorreiterin, Menschen gegen Ungleichbehandlung und Diskriminierung zu schützen. Diesem Auftrag muss die EU weiter nachkommen - sei es im Bereich Frauenrechte, LGBTI Rechte oder Antidiskriminierung. Das gilt einmal mehr heute, wo wir uns mit Rückschritten und wachsenden Angriffen der Rechtspopulist*innen auf unsere offene europäische Gesellschaft konfrontiert sehen.

Für uns gehört die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ins Zentrum europäischer Politik. Wir wollen vor allem für die junge Generation eine Perspektive schaffen. Ansonsten verliert das Versprechen der EU auf Wohlstand und soziale Teilhabe für alle massiv an Glaubwürdigkeit. Um Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken sind nennenswerte Investitionen notwendig – und zwar dort, wo die Probleme am größten sind. Wir wollen deshalb massiv in die soziale und ökologische Modernisierung der europäischen Wirtschaft investieren, mit Hilfe eines neuen Zukunftsfonds im EU-Haushalt. Durch einen europäischen Steuerpakt finanziert, soll er europäisch koordinierte und finanzierte Zukunftsinvestitionen möglich machen.

Die europäische Jugendgarantie muss deshalb endlich umgesetzt werden: Alle jungen Europäer*innen erhalten spätestens vier Monate nach ihrem Schulabschluss einen Ausbildungs- oder einen Arbeitsplatz. Um das zu verwirklichen, reichen die seinerzeit beschlossenen 6 Mrd. € nicht aus. Wir schlagen vor, dass im und mit dem Investitionsprogramm zur ökologischen und sozialen Modernisierung Europas vor allem die bislang arbeitslose Jugend Ausbildung und Arbeit erhält; denn es ist ihre Zukunft - und damit die Zukunft Europas – die auf dem Spiel steht. Dabei sollten die Jugendlichen gezielt in der Gründung von Genossenschaften und Einrichtungen der Selbsthilfe unterstützt werden.

Zudem wollen wir diskutieren, wie im Rahmen des EU-Haushalts eine Fiskalkapazität der Währung und Wirtschaftsunion ausgestaltet sein könnte, die stärker als bisher gemeinsame Investitionen voranbringt, auf konjunkturelle Schocks reagiert und strukturelle Reformen fördert. Sie sollte der Kontrolle des Europäischen Parlaments unterliegen, keinen Mitgliedsstaat kategorisch ausschließen und an klare politische Zielsetzungen geknüpft sein.

Besonders in strukturschwachen, ländlichen Regionen, in denen sich Menschen zunehmend als abgehängt von gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklung sehen, muss und kann

die EU positiv erkennbar werden. Gegen das Stadt-Land-Gefälle wollen wir durch besseren Einsatz der Strukturfonds und der Mittel für ländliche Entwicklung angehen. Durch einen Ausbau und eine Weiterentwicklung dieser Strukturen kann ein direkter Ausgleich zwischen schwachen und stärkeren Kommunen über Grenzen hinweg erreicht werden.

Entscheidende sozialpolitische Kompetenzen wie Lohnpolitik, Steuer- oder Sozialpolitik, liegen bisher fest in nationaler Hand und halten deshalb oft nicht mit der Harmonisierung des Binnenmarktes mit. Dies birgt das Risiko eines "race-to-the-bottom" sozialer Standards in Europa. Bei der Überwindung sozialer Ungleichheit ist aktuell also noch maßgeblich die nationale Politik gefordert. Für ein dauerhaft stabiles und wirtschaftlich erfolgreiches Europa erachten wir es jedoch für notwendig, dass die EU hier Gestaltungsmöglichkeiten hinzugewinnt.

Wir wollen eine stärkere Koordinierung sowie Mindeststandards im Bereich der sozialen Sicherung und des Arbeitsmarkts. Beispielsweise in Form einer Mindesteinkommensrichtlinie, die festschreibt, dass allen Menschen in EU-Mitgliedstaaten ein Existenzminimum in angemessener Höhe zusteht – abhängig vom nationalen oder regionalen Einkommen.

Die Freizügigkeit von Arbeitnehmer*innen wollen wir besser sozial absichern. Damit niemand durch das Raster europäischer Sozialsysteme fällt, setzen wir uns dafür ein, dass nach einem Aufenthalt von drei Monaten auch arbeitssuchende Unionsbürger*innen Grundsicherung beantragen können, wenn sie zuvor eine Verbindung zum hiesigen Arbeitsmarkt aufgebaut haben. Deshalb lehnen wir das Vorhaben der Bundesregierung, das Grundrecht auf Existenzsicherung von arbeitssuchenden Unionsbürger*innen radikal einzuschränken, entschieden ab. Ausbeutung wollen wir verhindern, indem wir im Rahmen der Entsenderichtlinie die Durchsetzung des Arbeitsort-Prinzips mit „gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort“ auf Grundlage tariflicher Regelungen durchsetzen.

Als konkretes Ziel in diesem Bereich setzen wir uns für die Einführung einer europäischen Arbeitslosenversicherung ein, die eine Sockelabsicherung für EU-Bürger*innen garantieren kann und gleichzeitig als Stabilisierungsinstrument gegen asymmetrische Schocks wirksam ist. Die EU Kommission soll deshalb weiter prüfen wie ein solches Vorhaben praktisch umgesetzt werden könnte.

Wir sind überzeugt, dass die Perspektive einer europäischen Sozialpolitik und eines stärkeren sozialen Ausgleichs in Europa auch Teil einer Antwort auf die chauvinistischen Parolen des Rechtspopulismus ist. Dazu wollen wir dem Vertrag von Lissabon eine Fortschrittsklausel mittels Protokoll an die Seite stellen und setzen uns dafür ein, dass Europas soziale Dimension auch durch Vertragsänderungen gestärkt wird.

Die EU muss auch für mehr Steuergerechtigkeit sorgen, indem sie Steuervermeidung und -hinterziehung stärker bekämpft. Wir begrüßen die Bestrebungen der EU-Kommission Steuerschlupflöcher im Falle von Großkonzernen, wie Apple, Google oder Starbucks, zu schließen. Es ist nicht hinnehmbar, dass diese auf Gewinne nur minimal Steuern zahlen. Völlig unverständlich ist es, dass die Regierungen von Irland oder Luxemburg sich weigern, die EU in diesen Bemühungen zu unterstützen, sondern auf ihren unfairen Steuermodellen bestehen. Damit der Solidargedanke in der EU nicht durch nationale Egoismen unterminiert wird, wollen wir eine Mindestbesteuerung für Unternehmen in der EU einführen. So wird der Solidargedanke der EU durch nationalstaatliche Egoismen unterminiert.

Die letzten Jahre der tiefen Wirtschafts- und Finanzkrise haben gezeigt, dass die EU noch nicht ausreichend handlungsfähig und krisenfest ist. Das muss sich ändern. Mit der Bankenunion, dem Euro-Rettungsschirm und dem EU-Investitionsfonds wurden schon Schritte in

die richtige Richtung unternommen. Aber die EU muss ihre Institutionen, Strukturen und Instrumente reformieren oder weiterentwickeln.

Um die Folgen der Krise zu bewältigen, braucht es einen vernünftigen Dreiklang aus Zukunftsinvestitionen, Strukturreformen und Haushaltskonsolidierung. Wir wollen wirtschaftliche Ungleichgewichte in der EU abbauen und die wirtschaftspolitische Steuerung stärken. Zum Abbau exzessiver Schulden setzen wir auf verbindliche europäische Regeln und die Einrichtung eines Altschuldentilgungsfonds mit europäischen Anleihen. Außerdem sollte der Europäische Stabilitätsmechanismus zu einem Europäischen Währungsfonds ausgebaut werden.

In der Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise wurden viele Fehler gemacht - von nationalen Regierungen, der Troika und der Euro-Gruppe. Einer dieser Fehler war die einäugige europäische Austeritätspolitik. Diese Kaputtsparpolitik ist gescheitert. Diese Kaputtsparpolitik ist gescheitert. Zu wenig wurde getan, um neben notwendigen Strukturreformen und einer ausgewogenen Konsolidierung von Haushalten auch zu investieren und damit positive Wachstumsimpulse zu setzen. Auch wenn sich die wirtschaftliche Lage in einigen Krisenländern langsam verbessert hat, ist doch unübersehbar, dass davon bei weiten Teilen der Bevölkerung noch zu wenig angekommen ist. Angesichts angestiegener Ungleichheit muss der solidarische Aspekt der Europäischen Idee weiter gestärkt werden, um die Zukunft des geeinten Europas nicht aufs Spiel zu setzen und positiv zu gestalten. Zu wenig wurde getan, um neben notwendigen Reformen und Sparmaßnahmen auch positive Wachstumsimpulse zu setzen. Auch wenn sich die wirtschaftliche Lage in einigen Krisenländern langsam verbessert haben mag, ist doch unübersehbar, dass davon bei breiten Teilen der Bevölkerung noch zu wenig angekommen ist.

Unser Green New Deal für Europas Zukunft

Wir GRÜNE kämpfen für ein besseres Morgen in einer gerechten und lebenswerten Welt – für alle Menschen, überall. Wir wollen Volkswirtschaften, die jetzt und künftig den Menschen dienen, Wohlstand und Chancen gerechter verteilen und die ökologischen Grenzen unseres gemeinsamen Planeten achten. Damit die EU angemessen dazu beiträgt, braucht sie einen Green New Deal, der ökonomische, ökologische und soziale Probleme gleichermaßen in Angriff nimmt. Gerade hier schlummern große Chancen für eine nachhaltige und wirtschaftliche Belebung in Europa, die bislang kaum genutzt werden.

Wir kämpfen für eine europäische Klima- und Energieunion mit ambitionierten und verbindlichen Zielen bei Erneuerbaren Energien, Emissionsminderung und Energieeinsparung sowie für hohe Umweltstandards als Innovationstreiber. Nachdem das Europäische Parlament Anfang Oktober das Pariser Klimaabkommen ratifiziert hat, müssen die EU und alle Mitgliedsländer sich weit mehr als bisher im Klimaschutz engagieren. Das gilt zuallererst mit Blick auf das eingereichte europäische Klimaziel (NDC), das sich keineswegs auf dem „deutlich unter 2 Grad Pfad“ befindet. Statt des eingereichten Reduktionsziels von mindestens minus 40 Prozent bis zum Jahr 2030 müssen in der EU die Emissionen im Vergleich zu 1990 um mindestens 55 Prozent gesenkt werden. Für den Ausbau der erneuerbaren Energien muss das Ziel auf mindestens 45 Prozent und für die Energieeffizienz auf mindestens 40 Prozent angehoben werden.

Auch die anderen Sektoren, insbesondere Verkehr und Landwirtschaft, müssen deutlich mehr leisten. Nach der absolut unzureichenden Vereinbarung zu den Emissionen im internationalen Flugverkehr, gilt es unverzüglich alle Flüge auch von und nach Europa wieder in den Europäischen Emissionshandel einzubeziehen. Wenngleich dieser jedoch selbst einer grundlegenden Anpassung an die Pariser Klimaziele bedarf. Dazu zählt dem Preis durch Löschung von überschüssigen Zertifikaten endlich wieder eine Lenkungswirkung zu geben und in der nächsten Handelsperiode die kostenlose Zuteilung zu beenden. Solange von europäischer

Ebene keine wirkliche preisliche Lenkungswirkung ausgeht, setzen wir auf nationale Mindestpreise. Um die Bedeutung der Verpflichtungen auf alle Politikbereiche der EU zu verdeutlichen wollen wir bei der nächsten Vertragsänderung den Klimaschutz als zentrales Ziel im Vertrag der Europäischen Union verankern.

Bei Schieneninfrastruktur, schnellem Internet sowie Bildung und Forschung muss deutlich mehr investiert werden. Nur auf Basis von Wissenschaft und Forschung wird es gelingen, die Innovationen zu entwickeln, die Europa für die ökologische Modernisierung und den sozialen Wandel braucht. In diesem Sinne gilt es u.a. auch plurale Denkansätze zur transformativen Ökonomie ohne Wachstumszwang in der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung und Lehre zu fördern.

Dafür ist auch eine europäische Industriestrategie notwendig, die auf Ressourcen- und Energieeffizienz, Digitalisierung, neue Produktionstechnologien und Kreislaufwirtschaft setzt. Mit einem aktiven Divestment anhand verschiedener Nachhaltigkeitskriterien muss auch in den öffentlichen Finanzen für Umschichtung gesorgt werden – weg von der Finanzierung der Zerstörung unseres Planeten, hin zu einer umwelt- und klimafreundlicheren Wirtschaft. Um zu verhindern, dass einige Länder hier einen notwendigen Fortschritt blockieren, wäre dieser Bereich für eine verstärkte Zusammenarbeit besonders gut geeignet.

In der Agrar- und Ernährungspolitik verfolgen wir das Ziel einer konsequenten Neuausrichtung, die den europäischen Zielen in der Klima-, Umwelt-, Verbraucher- und Entwicklungspolitik entspricht und die Potentiale und Perspektiven ländlicher Räume nachhaltig gestaltet und fördert. Bereits jetzt machen zahlreiche regional verankerte, bäuerlich-ökologisch, tier- und umweltfreundlich wirtschaftende Betriebe vor, dass eine andere Landwirtschaft möglich ist. Doch es mangelt an den notwendigen Investitionen in eine entsprechende Agrarforschung sowie an den nötigen Weichenstellungen für eine ökologisch-soziale Agrarwende.

Und wir wollen einen europäischen Digitalpakt, der auf eine soziale und ethisch verträgliche Automatisierung und Digitalisierung setzt und die Stärken der europäischen IT-Wirtschaft – etwa bei sicheren, datenschutzfreundlichen und offenen Technikstandards – besonders fördert. Dazu gehört auch, der Marktmacht der großen Digitalkonzernen wie Facebook, Google und Amazon faire Wettbewerbsregeln entgegenzusetzen – und die Einhaltung entsprechend sicherzustellen.

Um den sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Zusammenhalt in der EU zu stärken, fordern wir grüne europäische Investitionen in europäische Gemeinschaftsgüter. Darunter verstehen wir beispielsweise Investitionen in den Umbau der europäischen Energieversorgung hin zu 100% Erneuerbare, in die digitale Infrastruktur, in schnelles Internet und in ein europäisches Eisenbahnnetz. Europäisches Wagniskapital - etwa der Europäischen Investitionsbank (EIB) - sollte vor allem innovativen, sozial-ökologischen Start-ups zugutekommen.

Auch Investitionen zur Förderung der Jugend sind Investitionen in die Zukunft Europas: Deshalb wollen wir, dass das Erasmusprogramm konsequent ausgebaut wird und auch jenseits der Studierenden zum Beispiel Auszubildende stärker davon profitieren können. Wir fordern eine Verdopplung der Förderung europäischer Jugendinitiativen und einen echten europäischen Freiwilligendienst. Solche Investitionen in europäische Gemeinschaftsgüter sollten solidarisch finanziert und insgesamt 1% des Bruttoinlandprodukts der Europäischen Union umfassen. Dabei müssen auch die vorhandenen Mittel unter anderem aus dem Mehrjährigen Finanzrahmen und dem EU-Investitionsfonds (EFSI) vollständig ausgeschöpft werden.

Für all diese wichtigen Investitionen wollen wir die EU mit stabilen und ausreichenden Eigenmitteln ausstatten, die mehr Transparenz und demokratische Kontrolle im EU-Budget zulassen, aktuelle Rabattregelungen für einzelne Länder ablösen und zugleich ökologische Len-

kungswirkungen zur Erreichung der Klimaziele entfalten. Auch müssen die Mitgliedsländer dafür sorgen, dass den öffentlichen Haushalten nicht mehr so viele Gelder durch aggressive Steuervermeidungsstrategien insbesondere von international agierenden Konzernen verloren gehen. Den Weg der EU-Kommission, hiergegen per Beihilferecht anzukämpfen, ist richtig. Er zeigt, was die EU zu leisten vermag.

Die EU muss auch zur Gestaltung eines ökologischen, sozialen und gerechten Welthandels beitragen. Nur fairer ist freier Handel. Doch die bisherige europäische Handelspolitik geht in eine andere Richtung. Mit TTIP, TISA und Co. drohen ökologische, soziale und demokratische Standards unter die Räder zu kommen, während Privilegien für einige Großkonzerne gestärkt werden. Das gilt auch für den vorliegenden CETA-Vertrag. Daran ändern auch nachträgliche Protokollerklärungen nichts. Deshalb lehnen wir CETA ab und setzen unseren Kampf gegen TTIP und TISA, solange sie auf Basis der beschlossenen Mandate verhandelt werden, fort. Deshalb lehnen wir CETA ab und setzen unseren Kampf gegen TTIP und TISA auf Basis der beschlossenen Verhandlungsmandate fort. Darüber hinaus müssen auch die Handelsabkommen zwischen der EU und dem globalen Süden sowie die EU-Agrarpolitik auf den Prüfstand.

Für eine solidarische und humane EU-Asylpolitik

Europa muss neue und bessere Wege finden, gemeinsame Herausforderungen auch gemeinsam zu lösen. Das zeigt sich derzeit besonders bei der Frage, wie wir mit den Menschen umgehen, die vor Terror und Krieg fliehen. Für uns GRÜNE ist der Bau neuer Grenzzäune alles andere als eine Lösung – mit Blick auf die geflüchteten Menschen wie mit Blick auf die offenen Grenzen innerhalb des Schengenraums, von denen wir alle profitieren. Stattdessen fordern wir endlich eine gemeinsame solidarische und humane EU-Asylpolitik, die die Rechte der Schutzsuchenden in den Mittelpunkt stellt. Hierin liegt auch eine große Chance für die Europäische Union, ihre Institutionen, wie EASO oder die Grundrechteagentur, aus dem Schattendasein zu holen und mit echten Kompetenzen bei der Versorgung von Flüchtlingen auszustatten. Damit es in diese Richtung wieder positive Bewegung gibt, wird eine Gruppe von Mitgliedsstaaten vorangehen müssen.

Wir wollen nicht, dass Flüchtlinge ihr Leben riskieren müssen, um bei uns Schutz zu finden. Deshalb möchten wir legale und sichere Zugangswege für Flüchtlinge nach Europa schaffen und treten unter anderem für eine Abschaffung der EU-Richtlinie 2001/51/EG ein, damit Geflüchteten der Flug in die Zielländer ermöglicht wird. Eine Politik, die die europäische Abschottung in das Zentrum der Migrations- und Asylpolitik stellt, kapituliert vor den Aufgaben des 21. Jahrhunderts. Den von der Kommission vorgeschlagenen Umbau von Frontex hin zu einer rein auf Abwehr ausgelegten Agentur lehnen wir ab. Wir treten ein für ein europäisches Grenzregime, das den gemeinsamen Schutz der Menschenrechte zur Grundlage hat, Rechtssicherheit garantiert sowie das Vertrauen in das Schengensystem stärkt. Die Praxis, die Verantwortung für die gemeinsamen Außengrenzen der EU auf die Länder am Rand der EU abzuschieben, lehnen wir ab. Wir haben eine gemeinsame Verantwortung – für Freiheit und Sicherheit in der EU ebenso wie für den Schutz der Flüchtlinge, die über das Mittelmeer zu uns kommen. Wir wollen gezielte Familienzusammenführungen erleichtern, das Resettlement stärken und mehr Kapazitäten für eine gemeinsame Seenotrettung einsetzen. Europa muss dem tausendfachen Sterben von Flüchtlingen im Mittelmeer ein Ende setzen.

Im Fokus muss die Ablösung des Dublin-Systems und eine neue gerechte und dauerhafte Verteilung der geflüchteten Menschen stehen, an der sich nach und nach alle Mitgliedstaaten solidarisch beteiligen. Die Verteilung soll sich vorrangig an den Interessen und Integrationschancen der Flüchtlinge (soziale, familiäre, kulturelle Bindung, Sprachkenntnissen etc.) orientieren und zudem Kriterien wie Bevölkerungsgröße, wirtschaftliche Situation berücksichti-

gen. Dies wirkt sich positiv auf deren Integrationschancen aus, die wir durch den Aufbau einer Integrationsstruktur in den EU-Mitgliedstaaten unterstützen wollen.

Wir können allerdings nicht ignorieren, dass nicht alle Mitgliedsstaaten bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Ein Verteilmechanismus sollte daher so ausgestattet sein, dass den Mitgliedsstaaten Möglichkeiten einer alternativen Verantwortungsübernahme eröffnet werden – etwa durch eine verstärkte Teilnahme am Resettlementprogramm der Vereinten Nationen. Eine dennoch mögliche Weigerung Einiger darf allerdings auch keine Entschuldigung für alle anderen sein, nichts zu tun. Umsiedlung, Umverteilung und finanzielle Hilfe können auch von einzelnen Mitgliedsstaaten im Verbund geleistet werden. Die EU-Mitgliedsstaaten haben sich bereits im September vergangenen Jahres dazu verpflichtet, 160.000 Schutzsuchende aus Griechenland und Italien zu verteilen. Von den auf Deutschland entfallenden knapp 28.000 Menschen wurden gerade einmal 216 Menschen tatsächlich umverteilt. Die Bundesregierung sollte hier vorangehen und endlich Umsiedlung und Umverteilung nicht nur ankündigen, sondern umsetzen. Eine gemeinsame europäische Umverteilung von Schutzsuchenden bedarf einer Registrierung, Versorgung und Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtungen in den Ankunftsändern der Europäischen Union. Diese dürfen dabei weder der Abwehr dienen, noch zu Hafteinrichtungen verkommen. Solange keine Kompetenzübertragung an die EU umsetzbar ist, werden die Erstaufnahmeeinrichtungen national und mit europäischer Unterstützung geführt. Die EU muss jedoch die Möglichkeit haben, diese im Notfall auch selbst zu finanzieren und einzurichten, sollten Mitgliedsstaaten nicht in der Lage oder Willens sein, humanitäre Notlagen zu verhindern.

Anerkannte Flüchtlinge sollten so schnell wie möglich innerhalb der Union freizügigkeitsberechtigt nach denselben Regelungen wie Unionsbürger*innen werden. Perspektivisch brauchen wir ein einheitliches Asylverfahren nach gemeinsamen Regelungen, die die flüchtlingsrechtlichen Vorgaben des Völkerrechts umfassend verwirklichen und die Menschenrechte der Schutzsuchenden zu größtmöglicher Entfaltung bringen.

Die Türkei war und bleibt Teil der Lösung bei der Aufnahme und Versorgung von Schutzsuchenden aus dem Bürgerkriegsland Syrien und anderen Ländern der Region. Während es richtig ist, die Türkei bei der Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen massiv zu unterstützen, darf Europa jedoch die Menschenrechtseinschränkungen für Flüchtlinge in der Türkei nicht übersehen. Das Abkommen mit der Türkei ist eine Folge der Weigerung der EU, zu einer gemeinsamen solidarischen Lösung in der Flüchtlingskrise zu kommen. Wir fordern daher eine eigenständige Antwort der EU auf die Flüchtlingsfrage. Diesen EU-Türkei-Deal wollen wir beenden. Es kann nicht sein, dass wir als EU der AKP-Regierung die volle Verantwortung für die Geflüchteten überlassen, einer Regierung, die die Menschenrechte mit Füßen tritt und deren gnadenlose Politik gerade dafür sorgt, dass in der Türkei selbst neue Fluchtgründe entstehen. Bereits 1963 wurde den Türk*innen die Visafreiheit in Aussicht gestellt. Durch die Verknüpfung der Visa-Freiheit mit dem Flüchtlings-Deal werden die Bürger*innen der Türkei zu Geiseln der Allmachtspolitik von Präsident Erdoğan gemacht.

Dabei ist es gerade jetzt wichtig, den Austausch zwischen der türkischen und der europäischen Gesellschaft zu intensivieren, mehr Kanäle zu öffnen sowie die Ausreise aus der Türkei zu ermöglichen und gleichzeitig auf die Erfüllung der EU-Bedingungen - der Veränderung der Anti-Terrorgesetze und der Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien - zu bestehen. Darüber hinaus fordern wir, politisch Verfolgte aus der Türkei in Deutschland großzügig aufzunehmen. Ebenso gilt es in der jetzigen Situation die türkische Opposition und die demokratischen Kräfte in der türkischen Gesellschaft nicht im Stich zu lassen. Den fortschreitenden Abbau des Rechtsstaates und der Demokratie muss Deutschland und die EU klar benennen und scharf verurteilen. Die Ankündigung Erdoğan's, das Parlament über die Einführung der

Todesstrafe abstimmen zu lassen, verurteilen wir aufs Schärfste. Sollte es tatsächlich zur Wiedereinführung der Todesstrafe kommen, muss das zu einem sofortigen Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen führen. Auch die Mitgliedschaft im Europarat wäre damit beendet. De facto liegen die EU-Beitrittsverhandlungen derzeit bereits auf Eis. Momentan ist es nicht vorstellbar, mit einer türkischen Regierung weiter zu verhandeln, die auf allen Gebieten Rückschritte macht, wo es so dringend Fortschritte bräuchte. Dies zu ändern, liegt bei der türkischen Regierung. Die EU-Beitrittsverhandlungen jetzt jedoch komplett abzubrechen, würde das falsche Signal nach Ankara und an die türkische Gesellschaft senden. Wir dürfen nicht die Falschen bestrafen. Die Zivilgesellschaft und die Opposition in der Türkei brauchen uns jetzt mehr denn je. Für eine demokratische und weltoffene Türkei müssen die Türen zur EU offen bleiben.

Der EU-Türkei-Deal höhlt zudem das individuelle Recht auf Asyl aus und überlässt alle nicht-syrischen Flüchtlinge ihrem Schicksal. Die derzeitigen Bemühungen, auf Grundlage dieses Deals weitere sogenannte Migrationspartnerschaften, zB mit Ägypten und anderen Staaten, in denen Menschen- und Flüchtlingsrechte nicht gewahrt werden, auszuhandeln, lehnen wir daher ebenso ab. Auch zukünftig werden wir unsere politische Macht nutzen, um menschenrechtswidrige Rücknahmeabkommen zurückzunehmen. Denn es geht dabei primär nicht um Fluchtursachenbekämpfung oder die Unterstützung von Ländern in Krisenregionen bei der Versorgung der vielen Geflüchteten, sondern vor allem darum, in enger Zusammenarbeit mit menschenrechtlich zum Teil höchstproblematischen Partnerländern möglichst viele Schutzsuchende auf ihrer Flucht nach Europa aufzuhalten oder wieder abzuschieben. Auch Rückführungsabkommen oder die Grenzschutzkooperation mit Staaten, in denen Menschen- und Flüchtlingsrechte nicht gewahrt werden, sind mit einer humanitären und modernen Asylpolitik ebenso wenig vereinbar wie der nun drohende Ansatz, die europäischen Beziehung zu Drittstaaten dem vorrangigen Ziel der Flüchtlingsabwehr unterzuordnen, mit den Grundwerten und Artikel 21 der europäischen Verträge.

Angesichts der globalen Flüchtlingsherausforderungen muss der Schutz von Menschen, die in Ländern außerhalb der EU Zuflucht finden, stärker in den Fokus einer gemeinsamen europäischen Antwort rücken. Die EU darf sich der Verantwortung nicht entziehen, den Flüchtlingen vor Ort zu helfen und rasch Perspektiven zu schaffen. Für die mittel- und langfristige Bekämpfung von Fluchtursachen muss die EU auch durch verstärkte Entwicklungszusammenarbeit, vor allem aber durch grundlegende Reformen der eigenen Politik in Bereichen wie Handel, Landwirtschaft, Fischerei oder Umweltschutz im Sinne der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ ihren Beitrag zu einer gerechteren und nachhaltigeren Welt leisten. Dabei sollten alle EU-Mitgliedsstaaten ihre Politik u.a. im Rahmen der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie untereinander harmonisieren und nicht zuletzt das Ziel endlich erfüllen, 0,7 Prozent des BIP in die Entwicklungszusammenarbeit zu investieren.

Sicherheit und Freiheit grenzüberschreitend stärken

Um die Sicherheit der Bürger*innen in der EU zu erhöhen, braucht es eine stärkere Europäisierung in diesem Bereich. Die EU-Mitgliedstaaten sind gefordert, besser zu kooperieren sowie mehr Geld und mehr Personal für sinnvolle Ermittlungsarbeit bereitzustellen. Dafür sollten vorhandene Strukturen genutzt und wichtige Informationen über Verdächtige zwischen den Behörden rechtzeitig und vollständig weitergegeben werden. Polizei, Sicherheitsbehörden und Geheimdienste müssen grenzüberschreitend enger zusammenarbeiten. Dafür brauchen sie klare rechtstaatliche EU-Rahmenbedingungen, gemeinsame Standards für Grundrechte und parlamentarische Kontrolle, und in konkreten Fällen auch zusätzliche Mittel sowie eine bessere Ausstattung. So sollten zum Beispiel gemeinsame Ermittlungsteams bei Europol und Eurojust, insbesondere auch im Bereich der Terrorismusbekämpfung, gestärkt werden.

Maßnahmen, die jedoch die Freiheit der Bürger*innen einschränken, indem ein anlasslos agierender Überwachungsapparat ausgebaut wird oder die gefährliche Pauschalverknüpfung sämtlicher Datensammlungen vorangetrieben wird, lehnen wir ab.

Die EU basiert auf Werten, die universell sind: Achtung der Menschenwürde, Demokratie, individuelle Freiheit, Menschenrechte, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit. Sie muss sich an ihren eigenen Anspruch, ihren Zielen und Werten messen lassen. Wenn um den Zusammenhalt der Union willen über die Aushöhlung des Rechtsstaats in Polen oder die staatlich organisierte Diskriminierung von Flüchtlingen in Ungarn hinweg gesehen wird, dann gefährdet dies das Fundament der Europäischen Union. Daher ist es auch so wichtig, gegenüber Regierungen der Mitgliedstaaten, die die Freiheit ihrer Bürger*innen beschränken, klare Kritik zu üben, ohne dabei die Verbundenheit mit ihren Bürger*innen infrage zu stellen. Die EU darf nicht wegsehen, wenn einzelne Regierungen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in ihrem Land schwächen wollen. Mitgliedsstaaten, die das europäische Wertegerüst bewusst torpedieren, dürfen damit nicht durchkommen. Deshalb ist der vorhandene Rechtsstaatsmechanismus ein erster Schritt, um über Missstände in einen Dialog mit Regierungen zu treten. Er muss aber dringend zu einem wirksamen europäischen Instrument ausgebaut werden, durch das auch die Rechtsstaatlichkeit aller Mitgliedsländer regelmäßig überprüft wird.

Räumungen von Roma-Siedlungen in Italien, Zwangsarbeit in Ungarn, segregierte Schule in der Slowakei. In ganz Europa ist der Antiziganismus wirksam und führt zur Diskriminierung, Ausgrenzung und Stigmatisierung der Roma. Für europäische Lobbyarbeit zur Aufklärung über und den Kampf gegen gesellschaftlichen Antiziganismus wollen wir deshalb unter dem Dach der Europäischen Grundrechteagentur eine Stelle einrichten, die die Umsetzung von Roma-Rechten in der EU begleitet und überwacht. Diese Stelle sollte eng mit der Europäischen Kommission zusammenarbeiten und bei fehlender Umsetzung bereits gefasster Beschlüsse Druck auf EU-Mitgliedsstaaten ausüben und Vertragsverletzungsverfahren einleiten. Außerdem sollte diese Stelle durch Studien und Fortschrittsberichte, antiziganistische Entwicklungen frühzeitig erkennen und Instrumente entwickeln, um dagegen vorzugehen. Damit Roma endlich echte Perspektiven in der EU haben. Die Bundesrepublik sollte sich ihrer historischen Verantwortung bewusst sein und die Einrichtung einer entsprechenden Institution einfordern.

Die europäischen Werte nehmen Schaden in einer Debatte, in der nationale Egoismen schwerer wiegen als das gemeinsame europäische Interesse. Zudem haben die Krisen auch bestehende Ressentiments angeheizt. Wir sehen, wie nationalistische Populisten die aktuellen Krisen nutzen, um mit scheinbar einfachen nationalen Lösungen zu punkten. Dabei nehmen sie sehenden Auges in Kauf, die wirtschaftlichen Vorteile und sozialen Chancen Europas zu zerstören. National wie europäisch treten wir daher den Anti-Europäern und Rechtspopulisten entschieden entgegen. Denn für uns ist Fakt: Europa ist kein Kampf von Nationen. Es geht um mehr als wirtschaftliche Vorteile, die Verteilung von Geld und das Aushandeln nationaler Rabatte. Europa bedeutet heute mehr denn je für 500 Millionen Menschen Freiheit und Hoffnung auf ein besseres Leben. Wir wollen politische Bildungsarbeit in der EU weiter stärken - beispielsweise in Form einer Europäischen Zentrale für politische Bildung.

Eine gemeinsame Außenpolitik

Wenn die EU mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik mehr Verantwortung übernimmt, können wir die Welt gerechter gestalten und friedlicher machen. Deshalb braucht die EU eine langfristige außenpolitische Strategie. Wir betonen Menschenrechtsschutz, Schutzverantwortung, zivile Krisenprävention, Bekämpfung von Fluchtursachen, Stärkung des Internationalen Strafgerichtshofs sowie multilaterale Kooperation insbesondere auch im Rahmen der Vereinten Nationen. Dazu gehört auch eine verantwortungsvolle Reaktion auf

humanitäre Krisen und Gewaltkonflikte. Das kann jedoch nur funktionieren, wenn die EU mehr und mehr mit einer Stimme in der Außen- und Sicherheitspolitik spricht. Wir begrüßen daher, dass die EU an gemeinsamen außenpolitischen Strategien arbeitet. Auch hier schaden nationale Egoismen und verspielen das Kapital, dass sich aus der Zusammenarbeit ergibt.

Europa kann nicht darauf verzichten, bei der äußeren Sicherheit besser zusammenzuarbeiten, um vor allem in unserer südlichen und östlichen Nachbarschaft unserer Verantwortung gerecht zu werden. Dabei geht es um die besser koordinierte Nutzung bestehender Fähigkeiten, ohne dabei die Rechte und die Kontrolle durch das Parlament zu beschneiden oder auszuhöhlen. Eine Verpflichtung der EU-Staaten auf die zwar gebetsmühlenartig wiederholte, aber trotzdem unrealistische Forderung nach einer Erhöhung der Militärbudgets auf 2% des BIP lehnen wir ab. Wir wollen Fähigkeiten bündeln statt die Verschwendung öffentlicher Gelder bei der Rüstung fortzusetzen. Kapazitäten und Fähigkeiten zur Förderung von Frieden, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit wollen wir ausbauen.

Wir wollen, dass die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik enger mit Beitrittsverfahren und der europäischen Nachbarschaftspolitik verzahnt wird, um jenseits offizieller Beitrittsverhandlungen kohärente politische Impulse setzen zu können. EU-Erweiterungen müssen grundsätzlich möglich bleiben, anstatt den vielerorts vorhandenen Reformeifer durch Ausschluss weiterer Beitritte auszubremsen. Da die EU-assozierten Länder der Östlichen Partnerschaft der EU und die meisten EU-Beitrittskandidaten absehbar noch für ein Jahrzehnt und länger außerhalb der EU bleiben werden, sollten die EU und die Mitgliedsstaaten in der Zwischenzeit dafür sorgen, dass es stetige Statusverbesserungen für die Länder und besonders deren Bürger*innen gibt. Diese sollte im Geiste der Europäischen Integration schrittweise jeweils so bald wie möglich für aufenthalts- und arbeitsrechtlichen sowie Bildungsfragen erfolgen, aber auch so konkrete Dinge gerade für junge Menschen wie Work&Travel Programme oder die Möglichkeit zur gleichberechtigten Erasmus-Teilnahme miteinbringen. Diese schrittweisen Verbesserungen und inklusiven Maßnahmen stärken nicht nur das europäische Bewusstsein, sondern wirken auch der Euroskepsis und einer Abkehr von Europa entgegen. Auf diese Weise kann viel dafür getan werden, dass die assoziierten bzw. sich der EU annähernden ÖP-Länder und die Beitrittsländer nicht die Geduld mit Europa verlieren, bevor sowohl sie selbst als auch die EU bereit für den nächsten großen Schritt sind.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Europapartei

Wir Grüne blicken auf eine lange Tradition als Europapartei zurück. 2004 gründeten wir die Europäische Grüne Partei (EGP). Europa ist für uns Grüne nicht nur irgendein Sachthema unter vielen - es ist eine politische Ebene jedes Themenbereichs und ein zentraler Teil unserer politischen Grundorientierung. Diesen Anspruch wollen wir weiter ausfüllen. Um die Europawahl 2019 mit einem guten grünen Ergebnis zu meistern, ist eine große Kraftanstrengung der europäischen grünen Familie nötig. Der EGP kommt eine zentrale Rolle dabei zu, die kleineren grünen Parteien in ihrer Fortentwicklung zu unterstützen eine gemeinsame Perspektive in der sehr vielfältigen grünen Familie zu entwickeln und die Kooperation untereinander zu fördern.

Wir deutsche Grüne haben eine besondere Verantwortung für die europäische Parteienfamilie, die wir gemeinsam mit den anderen starken Mitgliedsparteien wahrnehmen wollen.

Von besonderer Bedeutung werden 2017 die Präsidentschaftswahlen in Frankreich sein. Wir wollen den Wahlkampf der französischen Grünen EELV nach Kräften unterstützen. Außerdem wollen wir unsere Zusammenarbeit mit der Green Party of England and Wales weiter

vertiefen, um die im nächsten Jahr anlaufenden Brexit-Verhandlungen europäisch zu begleiten.

Die europäischen Parteien sollten weiterhin mit europäischen Spitzenkandidat*innen für das Amt des/der Kommissionspräsidenten/in zur Europawahl antreten. Für die Auswahl der grünen europäischen Spitzenkandidat*innen setzen wir auf eine demokratische und inklusive Urwahl. Wir bitten die EGP, bis zu unserem Parteitag Ende 2017 ein mit den Mitgliedsparteien abgestimmtes Konzept zur Wahl von europäischen Spitzenkandidat*innen vorzulegen, das die Erfahrungen der letzten europäischen Vorwahlen berücksichtigt und ein entsprechendes Verfahren vorsieht.

Außerdem setzen wir uns für transnationale Listen ein, durch die ein Teil der Abgeordneten des Europäischen Parlaments nicht in den einzelnen Mitgliedstaaten, sondern über gesamt-europäische Listen gewählt werden. Hier könnte der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU einen Ausweg eröffnen, indem die nach dem Brexit freiwerdenden Plätze britischer Europaabgeordneter für transnationale Listen genutzt werden könnten.

Um die gemeinsame europäische Programmarbeit zu fördern, bitten wir die EGP einen breiten europäischen Programmprozess zur nächsten Europawahl auf die Beine stellen. Unseren Programmentwurf zur Bundestagswahl werden wir nach der Veröffentlichung den anderen EGP-Parteien mit Bitte um Kommentierung übersenden.

Europäische Begegnungen sind noch zu häufig eine Angelegenheit der politischen Spitzen und Europafans. Aber Europa wächst von unten: Deshalb wollen wir die europäische Vernetzung auch von unten her fördern, durch Kooperation auf der Ebene von Kommunen, Kreisverbänden und Landesverbänden. Auch die einzelnen Parteimitglieder sollen sich stärker als Teil der europäischen Bewegung wahrnehmen. Um noch stärker mit den Bürgerinnen und Bürgern zu Europa in einen Dialog zu treten und für unsere Idee eines gemeinsamen Europa zu werben, sehen wir es als unsere Verpflichtung an auf den verschiedenen Ebenen unserer Partei noch stärker mit Aktionen wie einem bundesweit gemeinsamen Europa-Aktionstag und Veranstaltungen zu Europa in die Öffentlichkeit treten.

Unsere Überzeugungskraft als europäische grüne Partei hängt auch davon ab, wie wir europaweit zu unseren Themen mobilisieren können. Dafür wollen wir unsere Strukturen und die der EGP stärken und die organisatorischen und finanziellen Bedingungen dafür schaffen. Mit der Funktion der internationalen Koordination im nächsten Bundesvorstand werden wir den gegenseitigen Austausch grüner Positionen zwischen den deutschen Grünen und der EGP ausbauen. Dabei sollen deutsche Positionen noch stärker in die EGP getragen und die deutschen Grünen regelmäßig über wichtige Positionierungen innerhalb der EGP - zusammen mit Informationen zum Abstimmungsverhalten der EGP-Mitgliedsparteien bei Streitfragen – informiert werden. Wir setzen uns für ein Mehr an Kooperation zwischen Parteivorständen ein. Vor den Sitzungen des Europäischen Rates und der Ministerräte sollten die Grünen in den nationalen Parlamenten mit zuständigen Grünen im Europaparlament und EGP zusammenkommen, um gemeinsame Botschaften abzustimmen. Die Divestment-Kampagne ist ein erfolgreiches Beispiel dafür, wie – koordiniert durch die EGP –europäische grüne Parteien gemeinsam mit vielen zivilgesellschaftlichen Kräften das Thema aufgreifen und so eine europaweite Öffentlichkeit zu einem Thema wachsen kann. Wir unterstützen solche europaweiten Kampagnen. Das gilt vor allem mit Blick auf unsere grünen Freundinnen und Freunde in den östlichen Staaten der EU.

Wir GRÜNE wollten, dass Großbritannien Mitglied in der EU bleibt. Wir bedauern zutiefst, dass sich die Mehrheit für einen EU-Austritt entschieden hat, aber wir akzeptieren diese Entscheidung. Die vier Grundfreiheiten der EU sind für uns nicht verhandelbar. Es kann keinen

Zugang zum gemeinsamen Binnenmarkt geben ohne Arbeitnehmer*innen-Freizügigkeit. Ein für alle Seiten fairer Austrittsprozess muss nun zügig folgen, denn weitere Unsicherheit beschädigt das Vertrauen in Europa. Für überzeugte Europäer*innen wird es nun vornehmlich darum gehen, den Zusammenhalt der EU zu bewahren und zu stärken. Die deutliche Mehrheit der Menschen in Schottland und Nordirland hat sich für einen Verbleib in der Europäischen Union ausgesprochen. In den Brexit-Verhandlungen müssen ihre Stimmen berücksichtigt werden. Wir Grüne unterstützen den Kurs der schottischen Regierung, sich im Dialog mit London alle Optionen diesbezüglich offen zu halten.

Die drängendsten Fragen über die Verfasstheit der EU müssen zeitnah gelöst werden. Deshalb müssen wir uns grundsätzlich der Frage stellen, wieviel unterschiedliche Formen und Geschwindigkeiten der Zusammenarbeit innerhalb der EU möglich ist, ohne dass diese zerfällt. Unser Ziel bleibt ein Europa, in dem alle zusammenhalten, aber es muss auch die Möglichkeit geben, dass eine Gruppe von Mitgliedstaaten vorangeht, um Blockaden einzelner Bremser zu umgehen. Auch wollen wir keine EU, die in jedem Bereich bis ins Kleinste vorschreibt, was zu tun oder zu lassen ist. Öffentliche Daseinsvorsorge und kommunale Selbstverwaltung müssen weiterhin vor Ort gestaltet werden. Deshalb vertreten wir das Prinzip der Subsidiarität. Da jedoch nahezu alle Lebensbereiche von gemeinsamen europäischen oder internationalen Vereinbarungen geprägt sind, darf Subsidiarität nicht zum Deckmantel des Unwillens werden, mit anderen Ländern in Europa oder der Welt Kompromisse einzugehen oder auch in Kirchturmdenken zu verfallen.

Es ist für uns selbstverständlich, dass wir weiter an unserem gemeinsamen Haus Europa bauen, Schwächen in der Struktur und in der Umsetzung seiner Werte benennen und angehen. Notwendige Vertragsänderungen wollen wir jedoch nicht im Hinterzimmer, sondern im Rahmen eines europäischen Konvents in einem öffentlichen, demokratischen und bürger*innenfreundlichen Verfahren diskutieren und erarbeiten. Trotz all der enormen Herausforderungen unserer Zeit werden wir nicht vergessen: Europa hat uns die Freiheit geschenkt, gemeinsam und friedlich in unserer Vielfalt zu leben. Das ist für uns GRÜNE eine historische Errungenschaft und wir wollen, dass das so bleibt.